



Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser nunmehr 3. Ausgabe von „XtraGrün“ wollen wir Ihnen wieder die Arbeit von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Kassel vorstellen. Wir suchen den Dialog mit Ihnen und möchten erläutern, wofür wir stehen und was wir erreichen wollen. Deshalb machen wir diese Zeitung. Vor allem wollen wir Ihnen Einblick in unsere Aktivitäten in den unterschiedlichen Politikbereichen geben und Ihnen Lust zum Mitmachen bereiten. Denn Politik beginnt vor der Haustür. Sie steht und fällt mit dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Viel Spaß beim Lesen der Zeitung. Mischen Sie sich ein. Sagen Sie uns die Meinung. Anregungen und Kritik sind herzlich willkommen.

- Dr. Andreas Jürgens, Vorsitzender des Kreisverbandes Kassel-Stadt von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für das Redaktionsteam



Grün wirkt



Projektorientiert, fair & offen GRÜN-Schwarz im Kasseler Rathaus

Seit gut 100 Tagen läuft die GRÜN-schwarze Zusammenarbeit im Kasseler Rathaus. Die Grundlage bildet die am 30.9.2003 abgeschlossene Vereinbarung beider Fraktionen. Ihre Eckpunkte: in der Sachpolitik die Verabschiedung eines tragfähigen Doppelhaushaltes für 2004 und 2005 und für die Arbeitsfähigkeit des Magistrates die gemeinsame Neubesetzung der freien Dezernentenstellen. Zwischenzeitlich sind die DezernentInnen gewählt, der Haushalt mit seinen inhaltlichen Projekten auf dem Weg in den städtischen Gremien. Die Stadtpolitik nimmt wieder Fahrt auf. Und ich denke, das lässt sich mit Selbstbewusstsein feststellen: Wir GRÜNE haben diesen Schwung gebracht.

Ich weiß um die Vorbehalte und die Skepsis vieler Menschen: schwarz-GRÜN, kann das gehen, werden hier nicht Inhalte verkauft? Wir haben diese Fragen in mehreren Mitgliederversammlungen und in der Fraktion oft diskutiert. Im Ergebnis haben wir uns für den Mut zu neuen Konstellationen entschieden. Die Alternative nach monatelangen Sondierungsgesprächen und Verhandlungsrunden mit SPD und CDU war der Verbleib in der eingeübten Oppositionsrolle oder die Gestaltungsoption mit der CDU. Wir GRÜNE in Kassel haben uns – wie jüngst die GRÜNEN in Köln und Kiel – für die Zusammenarbeit mit der CDU entschieden. Auf der kommunalen Ebene kann es, wenn die Inhalte stimmen, kein Tabu für diese politische Variante geben. Schließlich sind wir nicht für die parteipolitische Profilierung gewählt, sondern um für die Bürgerinnen und die Bürger dieser Stadt gute Politik zu machen.



• Wolfgang Friedrich

Und dieser Neustart war nach dem offensichtlichen Scheitern der Kooperation von SPD und CDU dringend notwendig. Zwar hatte sich die große Koalition, gebildet nach dem von der SPD herbeigeführten Bruch des rot-GRÜNEN Bündnisses, noch über die letzte Kommunalwahl gerettet, aber schnell war der Stillstand das Markenzeichen. Die „Kooperette“ war auf Grund gelaufen – die Stadtpolitik festgefahren. Verhackt in persönlichen Querelen, unfähig zur Entscheidung, auch unfähig zum Kompromiss. Ein unerträglicher Zustand für die Stadt, für ihre Entwicklung, für ihre Zukunftschancen. Unerträglich angesichts der großen wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Herausforderungen, die sich für Städte wie Kassel besonders zuspitzen: letztlich geht es um Urbanität und Lebensqualität in der Stadt, beim Wohnen und Arbeiten, bei den Bildungs- und Ausbildungschancen, es geht um Teilhabe und Identifikation für alle Bürgerinnen und Bürger. Wer hier heute dümpelt, droht morgen unterzugehen. In dieser Situation des Stillstandes und der wechselseitigen Blockade war die Aufgabe klar an uns GRÜNE gestellt: Wir hatten das Stadtschiff wieder flott zu machen. Bei allem Respekt vor den größeren Fraktionen: öfter müssen die kleineren Bugsierschiffe den großen Tankern von der Sandbank helfen, in die richtige Richtung zu ziehen. Im Ergebnis der Verhandlungsrunden waren konkrete Ziele verlässlich nur mit der CDU zu verabreden, auf dem Schiff der SPD war einfach zu viel Stimmengewirr, um zuverlässig Kurs halten zu können. Und die Richtung? Die Inhalte stimmen. Die haushaltswirksamen Vereinbarungen haben deutliche Schwerpunkte in der Jugend- und Kinderpolitik und gehen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an, enthalten Bausteine für eine präzisere Stadtplanung, nehmen ökologische Themen und ihr Zusammenspiel mit wirtschaftlichen Chancen dieser Stadt auf. 250.000 € pro Jahr mehr für die Betreuung Unterdreijähriger, der Ausbau von zwei neuen Radwegrouten, mehr Geld für das Freiwilligenzentrum und Geld für ein Stadtteilentwicklungskonzept für Bad Wilhelmshöhe tragen eine eindeutig GRÜNE Handschrift. Andererseits sind die Punkte, bei denen unterschiedliche Positionen bestehen, offen benannt. So werden wir den Neubau eines Regionalflughafens Calden aus ökonomischen und ökologischen Gründen weiterhin ablehnen und um Mehrheiten werben. Statt luftiger Versprechungen – projektorientierte, konkrete Verabredungen, nüchtern, klar und offen. Offen in den Unterschieden, offen auch für andere Mehrheiten in einzelnen Fragen, ich halte das für den richtigen Weg in der Kommunalpolitik. Er fordert ein neues Denken und lädt zum Einmischen ein. Gehen Sie mit!

- Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN Rathausfraktion



Flughafen Kassel-Calden Keine Abenteuer:

Sanierung des Verkehrslandeplatzes

Mit dem abgeschlossenen Raumordnungsverfahren ist für den Flughafen-Neubau Kassel-Calden ein Verfahrensschritt getan, der die Regionalversammlung veranlasste – bei Gegenstimmen der GRÜNEN – dem Flughafen-Neubau zuzustimmen. Der neu gegründete Aufsichtsrat konnte sich noch zu keiner Empfehlung durchringen. Im kommenden Frühjahr soll dann das Planfeststellungsverfahren beginnen, das den Bürgerinnen und Bürgern Klagemöglichkeiten einräumt.

Um das ganze Ausmaß des derzeitigen finanziellen Desasters zu verstehen muss man noch einmal die Ausgangslage für einen Flughafen-Neubau betrachten. Ein Hauptgrund für einen zu planenden Flughafen-Neubau war, dass man aus den roten Zahlen des laufenden Betriebes des Verkehrslandeplatzes Calden kommen wollte. In dem Gutachten der FAG von 1999 wurden die Kosten mit ca. 60 Mio. € angegeben. Damals schon rechneten die Gutachter damit, dass es ungefähr 10 Jahre brauchen würde, um schwarze Zahlen zu schreiben. Inzwischen haben sich die Bedingungen aus zwei Gründen wesentlich verschlechtert.

Zum einen wird inzwischen von mindestens 150 Mio. € Investitionssumme ausgegangen, d.h. zweieinhalb Mal so viel, wie ursprünglich geplant. Der Kapitaldienst, den auch die Stadt Kassel als Gesellschafter zu leisten hätte, würde damit wesentlich steigen. Zum anderen ist das FAG Gutachten von 1999 von einem relativ hohen Anteil von Li-

nienflügen ausgegangen, die mehr Start- und Landegebühren einbringen als ein vorwiegend mit Low-cost und Charter betriebener Flughafen. So weiß man inzwischen, dass gerade die Billigflieger, wie z.B. Ryan-air, nur bei minimalsten Gebühren einen Flughafen bedienen. Und gerade der Flughafen-Betrieb sollte ja die schwarzen Zahlen bringen! Höhere Kosten also bei geringeren Einnahmen – das ist wirtschaftlicher Unsinn! Deshalb ist jetzt die Zeit gekommen noch einmal zu rechnen, was eine vernünftige Sanierung des Verkehrslandeplatzes kosten würde. Damalige Gutachten gingen von ca. 10 bis 15 Mio. € aus. Die Landesregierung und die Region müssen sich jetzt entscheiden, ob sie für die Bedürfnisse der Wirtschaft (Linienflugverkehr mit kleinen Flugzeugen) einen gut ausgebauten Verkehrslandeplatz vorhalten wollen oder ob sie mit Steuergeldern einen Flughafen-Neubau vorantreiben wollen, der die derzeitigen roten Zahlen noch weiter steigern würde.

Wir können dem Landesfinanzminister ausdrücklich zustimmen, wenn er bezüglich des Calden-Neubaus „keine Abenteuer“ eingehen will.

- wirtschaftspolitischer Sprecher der GRÜNEN Rathausfraktion



• Dieter Beig



Mit der Sonne an die Spitze – Kassel auf dem Siegerpodest

Wussten Sie schon, dass die Region Kassel unangefochten einen europäischen Spitzenplatz einnimmt? Nein? Kein Wunder, denn in Kassel wird diese fulminante Leistung kaum öffentlich wahrgenommen. Nicht zu verantworten, finden wir GRÜNEN.

Was viele in Kassel nicht wissen, ist in zahlreichen anderen Städten Europas Tagesgespräch: Hier will man nämlich der nordhessischen Region nahekommen, denn es ist klar, dass auf diesem Gebiet künftig der Rubel, bzw. Dollar und Euro, rollen werden. Wovon ist eigentlich die Rede?

Von den **erneuerbaren Energien und Energietechniken**, deren wissenschaftliche Erforschung und die Darstellung von Anwendungsbeispielen in Kassel und Umgebung in einmaliger Breite und Tiefe vorhanden. Wind- und Wasser-

kraft, Photovoltaik und -thermie, Biomasse und Erdwärme – zu all dem gibt es an der Universität Kassel höchste wissenschaftliche Kompetenz. An dem der Universität angeschlossenen Institut für Solare Energieversorgungstechnik (ISET) wird seit Jahren mit weltweitem Erfolg über Anwendungsmöglichkeiten in allen Teilen der Welt, insbesondere aber auch in Entwicklungsländern, geforscht. Dort werden Techniken vorgestellt, die mittels „Insellösungen“ die Versorgung mit elektrischer Energie sichern können, auch wenn keine Netzinfrastruktur vorhanden ist.

Aber nicht nur die Wissenschaft, auch die nordhessischen Unternehmen, die in diesen Bereichen arbeiten, sind Spitze. Mit der Firma SMA hat ein „Global Player“ in Niestetal seinen Firmensitz, der mit seinem Wechselrichter „sonny boy“ dafür sorgt, dass photovoltaisch erzeugter Strom in die Leitungsnetze eingespeist werden kann. Der „sonny boy“ ist ein so erfolgreicher Durchstarter,



• Helga Weber

dass seine Väter und Mütter mit ihm fast ein weltweites Monopol besitzen – überall, wo Sonnenenergie in Strom umgewandelt wird, hat der „sonny boy“ seine Finger dazwischen. Und die Firma SMA konnte, entgegen dem wirtschaftlichen Trend der letzten Jahre neue Arbeitsplätze schaffen und erhebliche Umsatzsteigerungen erzielen.

Dies ist aber nur ein Beispiel für die vielfältigen Aktivitäten auf diesem Feld. Und trotzdem haben Sie davon noch nichts gehört? Das, meinen wir GRÜNEN, soll sich ändern! Kassel soll mit Stolz und Selbstbewusstsein auf diese Leistungen aufmerksam machen und damit zeigen, dass hier die Zukunft – und zwar eine, die mit vorhandenen

Schätzen sanft und vorsichtig umgeht – zu Hause ist. Wir GRÜNEN haben daher seit langem dafür geworben, dass die Bedeutung dieses Wirtschaftssektors auch von der Politik wahrgenommen und gefördert wird. Und: **es ist uns gelungen!** Im Rahmen der Kooperationsgespräche im Rathaus haben wir die bisherigen Vorbehalte von Seiten der CDU abbauen können. Im Herbst 2003 hat dann die Stadtverordnetenversammlung unsere GRÜNEN Anträge einstimmig angenommen:

Kassel wird sich als **Zentrum der nordhessischen Kompetenzregion für regenerative Energien** positionieren. Wenn Sie künftig mehr davon hören, wundern Sie sich nicht. Es stimmt nämlich: **Kassel ist Deutschlands Solarhauptstadt Nr. 1**, und das sollen schließlich alle wissen!

- umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN Rathausfraktion



★ Kassel – mitten in Europa

Europa ist die Zukunft Kassels: Nach 40 Jahren Teilung haben wir Europäer/innen die historische Chance, zusammenzuwachsen und an unsere gemeinsamen Wurzeln anzuknüpfen. Der kulturelle Austausch zwischen Kassel und Städten in Frankreich, Italien und den Niederlanden hat der Stadt die Karlskirche, den Herkules und vieles mehr gebracht. Europa ist eine Vision, die wir gemeinsam gestalten können und müssen. Europa lebt von seiner Vielfalt. Die Osterweiterung der EU um 10 neue Staaten bietet große Chancen. Sie wird auch die Zukunft Kassels und das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verändern. Wir GRÜNEN treten ein für ein offenes, tolerantes und modernes Europa. Einer populistischen Politik, die mit den Ängsten der Menschen angesichts der Osterweiterung oder einem möglichen EU-Beitritt der Türkei spielt, treten wir GRÜNEN entschieden entgegen. Schon jetzt nehmen europäische Entscheidungen großen Einfluss auf das Leben der Menschen in Kassel. Abfallrecht, Bildungspolitik, Gewässerschutz und Wirtschaftsförderung, Europa ist im-

mer präsent und doch im Alltag kaum sichtbar. Das wollen wir GRÜNE ändern. Europa soll für die Kasseler Bürger/innen greifbarer werden. Es soll nur das in Brüssel entschieden werden, was auch am Besten gemeinsam mit allen europäischen Staaten bewältigt werden kann. Brüssel sollte Richtlinien vorgeben und die Umsetzung denjenigen überlassen, die am meisten davon verstehen – den Menschen vor Ort, in Kassel. Ein starkes europäisches Parlament ist dabei Voraussetzung. Deshalb werden wir auch weiter für eine europäische Verfassung kämpfen, die die Rechte der Unionsbürger/innen stärkt und die Europäische Union demokratischer und transparenter macht.

Kasseler – Bürger/innen Europas

Wir sind Franzosen, Schotten, Iren, ... , Hessen und Kasseler und wir sind alle Europäer. Aber was bedeutet es, Staatsbürger/in der EU zu sein? Springt bei der Mitgliedschaft mehr heraus als ein Pass, mit dem wir innerhalb der EU alle nationalen Grenzen problemlos passieren können? Sie bedeutet mehr: Die Mitgliedschaft beinhaltet die Arbeiter-

laubnis innerhalb der EU, die Möglichkeit zu wählen und sich bei Kommunalwahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament als Kandidat/in aufstellen zu lassen. Auch soziale Rechte, medizinische Versorgung und Alterssicherung sollen einmal von allen europäischen Bürger/innen wahrgenommen werden können. Wir GRÜNE wollen uns den Herausforderungen stellen, um ein gerechtes und soziales Europa zu schaffen. Jede und jeder, unabhängig vom sozialen Status, soll die Möglichkeit bekommen, von Europa zu profitieren. Dazu braucht es Menschen, die sich einmischen, um Europa zu gestalten. Europa ist nicht perfekt. Es gibt viel zu tun, gerade hier in Kassel.

Und die Fremden?

Uns Kasseler auch als Europäer zu sehen, beinhaltet Chancen und Möglichkeiten. Die Kehrseite ist die Gefahr, dass die Grenzen Europas zugleich wieder Menschen ausschließen und es eine schärfere Abgrenzung von EU-Bürger/innen und Nicht-EU-Bürger/innen gibt. Wir GRÜNE kämpfen dafür, dass Europa sich nicht in eine Festung verwandelt, dass alle Fremden als gleichberechtigte Mitbürger/innen behandelt werden. Wir wollen,

dass alle Kasseler politische und soziale Rechte haben: das Recht, in den Ortsbeiräten und der Stadtverordnetenversammlung mitzuwirken, das Recht, eigene kulturelle und soziale Vereinigungen zu gründen und das Recht auf Arbeit, Schul- und Ausbildung. Ich bin überzeugt, dass nur durch die Integration aller Fremden, ob EU-Bürger/in oder nicht, Kassel eine tolerante, offene und solidarisch denkende europäische Stadt werden kann, die den Engagierten und Neugierigen Spielräume schafft und die Schwächeren nicht sich selbst überlässt. Die kulturelle Vielfalt der Menschen in Kassel macht die Lebensqualität und Vitalität unserer Stadt aus.



• Annette Knaut

★ **Nichtvergessen:**
★ **Europawahl am 13 Juni 2004**
★ **Wählen gehen! Mitentscheiden!**

• Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Kassel von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Älter – bunter – solidarischer



Kassel ist die zweitälteste Stadt der Bundesrepublik. Daran, dass wir in bunter Vielfalt leben können und Solidarität zwischen Jung und Alt fördern, wollen wir GRÜNEN in Kassel arbeiten. Wir stehen für ein Höchstmaß an Selbständigkeit und Selbstbestimmung in allen Lebensabschnitten. Damit die Stadt Kassel auch für alte und pflegebedürftige Menschen ein attraktiver Wohn- und Lebensort bleibt, muss die Kommune noch einiges tun.

Die GRÜNE Rathausfraktion hat zum „Älter werden in Kassel“ einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Wir wollen Leitlinien für einen kommunalen Entwicklungsplan für



• Elisabeth König

„Ältere Menschen in Kassel“. Wichtig ist uns, dass die Bedürfnisse von älteren Menschen bei allen Stadtentwicklungsprozessen berücksichtigt werden. Zur selbständigen Lebensführung im Alter muss das Wohnumfeld stimmen. Einkaufsmöglichkeiten, ÄrztlInnen müssen zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht erreichbar sein. Wohn- und Hausgemeinschaften können Privatheit, Selbständigkeit, Sicherheit und im Bedarfsfall Unterstützung und Hilfe gewährleisten. Wir stehen für eine Vielfalt bei den Wohnformen. Sich mit dem „älter werden“ in Kassel zu

beschäftigen, bedeutet auch, sich mit der Pflegebereitschaft und den Vorstellungen, wie die Menschen gepflegt werden möchten, auseinander zu setzen. Da für Kassel eine Studie dazu erstellt wurde, möchten wir GRÜNEN, dass die Ergebnisse dieser Studie bei allen Planungen berücksichtigt werden. Um Selbständigkeit bei Hilfe- und Pflegebedarf zu sichern, brauchen wir eine gute Vernetzung von ambulanten und stationären Diensten. Wir GRÜNEN wollen mit dem Antrag Rahmenbedingungen schaffen, die eine Kultur der Hilfe des Engagements und der Solidarität von Jung und Alt fördert. Leben mit Pflegebedürftigkeit muss lebenswert sein, die Betroffenen müssen Teil der Gemeinschaft bleiben.

• Frauenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Rathausfraktion

Kassel hat 23 Ortsbeiräte. Diese werden alle fünf Jahre durch die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil neu gewählt. Der Ortsbeirat tagt ca. einmal im Monat; der Termin wird in der HNA und unter www.stadt-kassel.de veröffentlicht, kann aber auch gerne bei uns persönlich nachgefragt werden. Die Sitzungen sind öffentlich. Wenn Sie Wünsche und Anregungen für Veränderungen vor Ihrer Haustür haben oder im Stadtteil über kritische Punkte stolpern, sprechen Sie uns an. Mit Ihrer Anregung und Ihrer Mitarbeit versuchen wir gemeinsam einen schönen, lebenswerten Stadtteil zu erhalten. Ihre Meinung ist uns wichtig: Mischen Sie sich ein, wir freuen uns auch über Ihren Besuch einer Ortsbeiratssitzung, denn Politik ist machbar, Frau und Herr Nachbar! • Ute Mayer, Stadtverordnete und Ortsbeirat Wehlheiden



Mitte

Gertrud Hahner ☎ 7 39 63 62
Ina Rudolph-Lösel ☎ 77 76 46

Süd

Kerstin Saric ☎ 2 77 29
Roland Schäfer

West

D. Stöwe-Marquardt ☎ 1 84 05
Karin Müller ☎ 3 16 52 25
Willi Schaumann ☎ 77 59 32
Dr. Hans-Helmut Nolte ☎ 1 88 33

Wehlheiden

Ute Mayer ☎ 3 16 29 44
Dr. M. Hornung-Grove ☎ 2 18 63
Klaus Hansmann ☎ 28 29 96

Wilhelmshöhe / Wahlershausen

Dr. Gisela Wiegand ☎ 3 16 10 53
Birgit Hesse-Ogieva ☎ 3 16 13 94
Johanna Bornhütter ☎ 31 51 83

Brasselsberg

Dieter Neuber ☎ 40 45 92

Süsterfeld / Helleböhn

Dr. U. Arndt-Ladleif ☎ 3 29 53

Harleshausen

Michael Finis ☎ 88 30 36
Sabine Stern ☎ 9 88 00 58
Klaus Röbig ☎ 88 45 87

Kirchditmold

Dr. Hermann Flux ☎ 6 74 44
Eckhardt Wagner ☎ 6 62 81
Elisabeth König ☎ 6 86 39

Nord / Holland

Medard Flinner ☎ 89 18 39

Philippinenhof / Warteberg

Karl-Heinrich Sippel ☎ 8 33 64

Fasanenhof

Gerhard Kähler ☎ 8 70 01 72

Wesertor

Armin Schreier ☎ 8 70 04 43
Vincenz Grünow ☎ 87 60 82

Wolfsanger / Hasenhecke

Irene Anacker ☎ 81 26 68

Bürgerliste Bettenhausen

Alfons Fleer ☎ 57 18 57
Dr. Uwe Egen ☎ 5 41 42

Forstfeld

Hans-Peter Faber ☎ 5 10 13 71

Waldau

Jürgen Blutte ☎ 57 80 42

Niederzwehren

Benjamin Elizalde ☎ 9 41 39 36

Bürgerinitiative Oberzwehren

Friedh. Weißbäcker ☎ 4 35 20
Klaus Gnau ☎ 9 41 69 47

Nordshausen

Karl-Heinz Großkurth ☎ 40 36 20

Jungfernkopf

Herbert Sprotte ☎ 88 08 42

Unterneustadt

Karl Schöberl ☎ 57 62 73
Joachim Schleißing ☎ 57 66 61

Die edle Perle braucht eine neue Fassung.



Ein Konzept soll helfen!

Auf Initiative der GRÜNEN Rathausfraktion werden im nächsten Haushalt 30.000 € für die Erstellung eines Konzeptes für Bad Wilhelmshöhe bereitgestellt. Vorausgegangen war im Juli 2003 eine Stadtteilkonferenz im Anthroposophischen Zentrum zu der die GRÜNEN Ortsbeiräte eingeladen hatten.

Auf dieser Konferenz wurde erneut deutlich, dass den BewohnerInnen des Stadtteils vor allem die Verkehrsprobleme auf den Nägeln brennen und dass es ein großes Interesse gibt, den Bergpark als Weltkulturerbe auszuweisen.

Ebenfalls im Sommer 2003 stellte die Universität Kassel ein „Räumliches Stadtentwicklungskonzept 2013“ vor, das vor allem auf die bipolare Entwicklung Kassels (Innenstadt und Bad Wilhelmshöhe) hinweist. Die PlanerInnen der Universität schlagen darin der Stadt vor, die City und Wilhelmshöhe nicht als Konkurrenten zu begreifen, sondern als zwei Pole, die gleichzeitig entwickelt werden können und die einander wechselseitig unterstützen sollen.

Für Wilhelmshöhe fordert das Uni-Gutachten an vorderster Stelle, dass klare Anforderungen formuliert werden müssen, die die Chance auf Anerkennung des Bergparks als Weltkulturerbe gewährleisten und die deswegen bei Bebauungen, bei einem zukünftigen Museumspark oder bei einer Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 zwingend zu berücksichtigen sind. Daneben sei eine

Verbesserung der Verkehrssituation anzustreben inklusive einer deutlicheren Anbindung der Marbachhöhe an das Flusseviertel. Ein weiterer Schwerpunkt des Gutachtens ist die Aufforderung weiterer Dienstleistungsstandorte anzubieten neben den bereits erfolgreichen Standorten rund um den ICE-Bahnhof und das Technologie- und Gründerzentrum auf der Marbachhöhe. Darüber hinaus wird deutlich gemacht, dass neben der Ausweisung von weiteren Wohnbauflächen einerseits eine klare Definition von Grünflächen andererseits erfolgen muss, um Gebiete definitiv zu sichern, die nicht für eine Bebauung zur Verfügung gestellt werden. Als bedeutende planerische Maßnahme wird die Betonung der Wilhelmshöher Allee als Achse zur Innenstadt und als Verbindungsband zwischen City und Parklandschaft gesehen.

In das Konzept der Stärkung des Bergparks als Ort für Kur und Kultur passt auch die Anregung, die Angebote von „Kassel tourist“ in das touristische Konzept für Kassel-Wilhelmshöhe einzubinden. Wir sind überzeugt, dass dieses Konzept die wesentlichen Bausteine für eine zukunftsorientierte Entwicklung von Bad Wilhelmshöhe enthält. Es ist ein äußerst anspruchsvolles Projekt, das selbstverständlich nur in enger Kooperation mit den Bürgerinnen und Bürgern aus dem Stadtteil realisiert werden kann. Wir GRÜNEN treten dafür ein!

• Dieter Beig, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der GRÜNEN Rathausfraktion

Andreas Jürgens treibt Behindertengleichstellung voran!

Die GRÜNE Landtagsfraktion hat den Entwurf eines „Gleichstellungsgesetzes für behinderte Menschen“ im Hessischen Landtag eingebracht. Der vom Kasseler Abgeordneten Andreas Jürgens ausgearbeitete Entwurf sieht eine Vielzahl von Maßnahmen vor:

- Öffentliche Gebäude sollen barrierefrei gestaltet werden,
- Die Integration behinderter Kinder in die Regelschule wird stärker gefördert,
- gehörlose und hörbehinderte Menschen können künftig bei der Kommunikation mit kommunalen- und Landesbehörden einen Gebärdensprachdolmetscher oder technische Hilfen gestellt bekommen,
- blinde Menschen können Bescheide und sonstige Schriftstücke in einer für sie wahrnehmbaren Form (Braille-Schrift, Diskette o.ä.) verlangen,

- Fernsehsender müssen Sendungen mit Untertiteln für gehörlose und mit Bildbeschreibungen für blinde Menschen senden
- Im öffentlichen Personennahverkehr dürfen ab 1. Juli 2005 nur noch barrierefreie Fahrzeuge neu in Betrieb genommen werden.

„Dies sind nur einige Beispiele für die von uns vorgesehenen Erleichterungen. Ziel des Gesetzes ist die Gleichstellung behinderter Menschen in möglichst vielen Lebensbereichen“, erklärte Jürgens bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Gesetzesentwurfs. Die grüne Fraktion hatte bereits im Oktober 2003 eine Anhörung zu ihrem Entwurf durchgeführt. „Die vielfältigen Anregungen wurden teilweise eingearbeitet. Wir sind überzeugt, dass unser Entwurf nunmehr breite gesellschaftliche Akzeptanz finden wird. Barrierefreiheit bedeutet nämlich bessere Lebensbedingungen für Alle und gleiche Chancen für behinderte Menschen“, ist Jürgens überzeugt.



Gesundheitspolitik – (k)ein kommunales Thema?

Beim Thema Gesundheitspolitik denken die meisten Menschen an die große Bundespolitik, die derzeit alle bewegt. Haben da Kommunalpolitiker überhaupt Einfluss? Die Antwort heißt Ja, aber mit anderen Schwerpunkten.



• Irene Anacker

Was haben also die Kasseler GRÜNEN im Rathaus in den letzten Jahren auf dem Gesundheitssektor geleistet? Dazu drei wesentliche Beispiele. Das Wichtigste war sicherlich die Weichenstellung in Sachen Klinikum: Der Kompletterwerb konnte verhindert werden,

bis 2012 sind 51 Prozent in städtischem Besitz. Damit bleiben der kommunale Einfluss und auch die Sicherheit für die Beschäftigten erhalten. In diesem Zusammenhang erfolgte, auch unter GRÜNER Mitwirkung, die Gründung der Nordhessen-Gesundheitsholding. Ein bedeutender Schritt zur Zukunftssicherung des Klinikums. Das zweite wichtige Thema war die Fusion der Gesundheitsämter von Stadt und Land-

kreis. Auch wenn wir GRÜNEN diese im Zuge der Regionalreform begrüßen würden, konnte bisher noch keine befriedigende Lösung gefunden werden. Vorrangiges GRÜNES Ziel war und ist die Erhaltung der Angebote im Kasseler Gesundheitsamt für die Bewohner der Stadt. Hier muss weiter verhandelt werden, um die Zusammenlegung der Ämter bei Beibehaltung eines hohen Qualitätsstandards zu ermöglichen. Beim dritten Beispiel handelt es sich um ein aktuelles Thema: die Gentechnik – hier wird Anne Janz in ihrer neuen Verantwortung als Gesundheitsdezernentin dafür sorgen, dass eine umfassende Aufklärung der Kasseler Bevölkerung erfolgt. Jeder, der Lebensmittel einkauft, muss wissen was drin ist. Die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte führt zur Entscheidungsfreiheit der VerbraucherInnen.

Gesundheitsvorsorge und Verbraucherschutz stehen bei uns an vorderster Stelle. Diese wichtige kommunale Aufgabe einzulösen hat sich Anne Janz verpflichtet.

- Gesundheitspolitische Sprecherin der GRÜNEN Rathausfraktion

Anne Janz – neu im Magistrat

Mit der Veränderung der politischen Konstellation im Kasseler Rathaus, hat sich auch im Magistrat personell einiges verändert. Mit Anne Janz zieht nun auch wieder eine GRÜNE Dezernentin ins Rathaus ein und wird in den nächsten Jahren im hauptamtlichen Magistrat die Bereiche Jugend, Schule, Gesundheit und Frauen prägen. Ottmar Miles-Paul von der XtraGrün Redaktion sprach mit der neuen Dezernentin.

xtraGrün: Sie sind ja eine alte Häsin in der Kasseler Kommunalpolitik. Was hat Sie bewogen, sich als Dezernentin zu bewerben?

Anne Janz: Das stimmt, ich habe wirklich schon einige Jahre in der Kasseler Kommunalpolitik gearbeitet. Seit Ende 1990 war ich Geschäftsführerin der GRÜNEN Fraktion im Rathaus. In dieser Zeit war ich zudem insgesamt sieben Jahre Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und von 1997 - 2001 hatte ich schon einmal die Gelegenheit als ehrenamtliches Magistratsmitglied die Luft im Magistrat zu schnuppern. Diese politischen Erfahrungen in Verbindung mit meinem beruflichen Hintergrund als Sozialarbeiterin/-pädagogin bis hin zu meinem Weiterbildungsstudium als Diplom Sozialwirtin mit dem Schwerpunkt Management reizen mich, meine Kenntnisse jetzt

auch ganz praktisch in die kommunale Regierungsarbeit einzubringen. Ich freue mich auf jeden Fall sehr auf die neuen Herausforderungen und natürlich auch darauf, GRÜNE Positionen nun über das Verwaltungshandeln verstärkt in die Kasseler Stadtpolitik einbringen zu können.

xtraGrün: Im Magistrat haben sich die Zuständigkeiten mit dem schwarz-GRÜNEN Bündnis verändert. Für welche Bereiche sind Sie nun zuständig und welche Ziele verbinden Sie dabei?

Anne Janz: Der Magistrat hat sich verkleinert und deshalb wurden auch die Zuständigkeiten neu geordnet. Ich bin nun für die Bereiche Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit zuständig. Dies sind Bereiche, in denen wir GRÜNEN in der Ver-



gangenheit viele Impulse gesetzt haben und die zusätzlich viele bereichsübergreifende Themen und Vernetzungsmöglichkeiten haben, z.B. bei der Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche und der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendarbeit. Ich freue mich, dass wir in der Betreuung der Unter-Dreijährigen, für die wir GRÜNEN seit langem gekämpft haben, nun auch im Haushalt mit einem jährlichen Etat von zusätzlich 250.000 € neue Akzente setzen können, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Kassel ein Stück voranzubringen. Dies geht natürlich nur, wenn sich, wie in der Vergangenheit, Träger und Eltern zusätzlich zur Stadt engagieren. Dieses Engagement ist unbezahlbar und ich will es gerne mit den Möglichkeiten der Verwaltung unterstützen. Die bauliche Verbesserung der Kasseler Schulen, die Förderung von Ganztagschulen, die Bildungsdiskussion für den Kindergarten oder die Absicherung wichtiger Projekte im Jugend- und Gesundheitsbereich, wie das Boxcamp in der

Nordstadt, sind weitere Punkte, die mir am Herzen liegen. Vor allem werde ich als einzige Frau im Magistrat natürlich auch dafür stehen, eine engagierte Frauenpolitik voran zu treiben und dafür zu sorgen, dass der Ansatz des Gender Mainstreaming keine Worthülse bleibt, sondern mit Leben gefüllt wird.

xtraGrün: Wenn Sie zwei Wünsche frei hätten, was würden Sie sich für die Kasseler Stadtpolitik in den nächsten Jahren wünschen?

Anne Janz: Ich wünsche mir, dass es gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Mitstreitern in der Politik gelingt, Kassel zu einer Stadt zu machen, von der die Menschen sagen: „Hier lebe ich gern“ – dass wir also eine soziale Stadt schaffen, in der die unterschiedlichsten Gruppen, vor allem auch Kinder und Jugendliche einen Platz haben. Außerdem wünsche ich mir, dass die Menschen sagen: „Es ist gut, dass die GRÜNEN in Kassel Regierungsverantwortung übernommen haben, es ist etwas in Bewegung gekommen, da lohnt es sich mitzumachen.“

xtraGrün: Vielen Dank für das Interview und viel Erfolg im neuen Job.



Die Opposition im Landtag ist grün

Vor einem Jahr wurde ich in den Hessischen Landtag gewählt und bin seitdem rechts- und behindertenpolitischer Sprecher meiner Fraktion. Die erste Jahresbilanz der auf 12 Abgeordnete angewachsenen grünen Fraktion kann sich sehen lassen.

Trotz absoluter CDU-Mehrheit haben wir von Anfang an eine konstruktive Opposition betrieben. Viele politische Beobachter in Wiesbaden sind sich einig: im ersten Jahr der Wahlperiode waren DIE GRÜNEN das Sprachrohr der Opposition. Innovative Zukunftsideen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung im Landtag tragen fast immer die GRÜNE Handschrift. Geht es im Umweltbereich um die Förderung des ökologischen Landbaus oder gentechnikfreie Zonen in Hessen, in der Schul- und Bildungspolitik um die dringend notwendige Reform der LehrerInnenausbildung oder nationale Bildungsstandards, in der Sozialpolitik um gerechte und faire Hilfsangebote oder in der Behindertenpolitik um Integration und Teilhabe: immer waren und sind es die GRÜNEN, die Ideen entwickelt und Vorschläge eingebracht haben.

Gegen die Streichorgie der Landesregierung in ihrer „Operation düstere Zukunft“ haben wir konkrete Gegenrechnungen vorgelegt. Weder die Einsparungen bei sozialen Einrichtungen, noch Studiengebühren, die Erhöhung der Beamtenarbeitszeit auf 42 Stunden oder die Kürzung bei zukunftssträchtigen Forschungseinrichtungen waren wirklich notwendig. Bei den Kosten für die neue Staatskanzlei, der Rennbahn Frankfurt, beim Ausbau der Flughäfen, den Sachkosten der Verwaltung und einer Fülle anderer Ausgaben hätte gespart werden können. Aber die CDU wollte ihr konservatives Weltbild mit dem Rotstift durchsetzen.

In Kassel sind die Folgen verfehlter Landespolitik allgegenwärtig. Von der Erziehungsberatung über die Jugendhilfe, vom Verbraucherschutz bis zu Hilfen für Obdachlose wurde flächendeckend gestrichen und gekürzt. Die unabhärbaren Folgekosten werden der Stadt und den Stadtteilen zur Last fallen.

Vor der Landtagswahl hat die CDU versprochen, sich besonders um die Region Nordhessen zu

kümmern. Versprochen, gebrochen. Für die Bewerbung als Kulturhauptstadt 2010 sind gerade 20.000 Euro in den Haushalt eingestellt, für das Kompetenzzentrum Biorohstoffe in Witzenhausen fehlt eine ausreichende Landesförderung. Dem Institut für Solare Energietechnik (ISET) wurden 300.000 € gestrichen, obwohl ISET und andere Unternehmen mehrere hundert Arbeitsplätze in Nordhessen geschaffen hat. Stattdessen setzt die Landesregierung weiter auf den Neubau des Flugplatzes Kassel-Calden. Aber: die Schere zwischen davonlaufenden Kosten und vorhandenen Mitteln wird immer größer.

DIE GRÜNEN im hessischen Landtag werden sich auch weiter für eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Entwicklung Nordhessens einsetzen. Prestigeprojekte ohne Sinn und Verstand ruinieren die Region nur weiter. Ein endgültiger Stopp aller Ausbaupläne ist unsere Forderung für 2004. Auch in diesem Jahr liegt wieder viel Arbeit vor uns. Georg Ludwig Braun forderte beim Neujahrsempfang der IHK eine multikulturelle Gesellschaft als Antwort auf die Globalisierung. Als Mitglied im Petitionsausschuss erfahre ich täglich, welche katastrophalen Ungerechtigkeiten das geltende Ausländerrecht mit sich bringt. Eine vernünftige Zuwanderung, Förderung der Integration – vor allem auch von Kindern – und damit Multi-Kulti als selbstverständliche Lebensweise: dafür arbeiten wir weiter.

In der Enquetekommission „Verfassungsreform“ arbeite ich mit an einer Auferstehung der fast vergessenen Hessischen Verfassung. Eine breite Bürgerbeteiligung, Einbindung von Hessen in Europa und moderne Grundrechte für alle sind hierbei mein Ziel.

- MdL Dr. Andreas Jürgens

Haben Sie Fragen oder ein Anliegen? Melden Sie sich an zu meiner BürgerInnensprechstunde. Die aktuellen Termine erfahren Sie in meinem Regionalbüro, Uhlandstr. 1, 34119 Kassel, Telefon: 0561 - 7 39 59 51 Mehr Informationen über GRÜNE Landespolitik erhalten Sie unter www.gruene-hessen.de oder www.andreas-juergens.de.

Kurznachrichten

Barrierefreiheit bleibt wichtiges GRÜNES Ziel

Die barrierefreie Umgestaltung des Rathauses – mehr barrierefreie Busse, Bahnen und Haltestellen, barrierefreie Informationen und Kulturveranstaltungen – haben wir auf unsere Fahnen geschrieben. Wir GRÜNEN machen Dampf, denn Barrierefreiheit ist für alle gut!



DEZ- Erweiterung

Innenstadt und Stadtteilzentren müssen gestärkt werden – mit der geplanten DEZ Erweiterung haben die ECE Manager (Betreiber von DEZ und City-Point) der Stadt ein Kuckucksei in's Nest gelegt? Mit einer geplanten Erweiterung von 9.000 m² wird eine Politik der Verkaufsflächenvermehrung

betrieben, die in Kassel seit 1993 über 72.000 m² betrug.

Derzeit stehen in der Innenstadt 28 Geschäfte mit 3.400 m² Verkaufsfläche leer. Dies ist an und für sich nicht beunruhigend, denn es gibt im Einzelhandel immer Veränderung. Der Handel in der Stadt und in den Stadtteilzentren muss aber endlich eine klare Perspektive haben, wo Verkaufsflächen erwünscht sind und wo sie begrenzt werden. Auch wir GRÜNEN freuen uns über Investoren und neue Arbeitsplätze, doch wir müssen auch die Auswirkungen auf den ganzen Stadtraum bedenken und neue Arbeitsplätze im DEZ bedeuten in der Regel den Abbau von Arbeitsplätzen an anderen Orten.

Holz statt Braunkohle!

Das Kraftwerk Mittelfeld könnte umweltfreundlich betrieben werden: Die GRÜNEN wollen es! Die CDU will es! Die SPD will es! Was?

Die Umrüstung des Kraftwerks Mittelfeld, das die Unternehmen Thyssen-Krupp und Daimler-Chrysler mit Strom und Wärme versorgt, von einem mit Braunkohle betriebenen System zu einem Holzheizkraftwerk. Dies wäre technisch möglich, finanziell sinnvoll und vor allen Dingen aus Gründen des Umweltschutzes begrüßenswert und würde Kassel ein weiteres Highlight mit der Nutzung erneuerbarer Energien beschreiben. Der OB will es nicht, weil der Vorstand des KVV-Konzerns nicht will. Warum eigentlich nicht? Das ist bis heute allen Stadtverordneten ein Rätsel geblieben.



Chancengleichheit in Gefahr

Die von der Hessischen Landesregierung beschlossenen Kürzungen haben vor allem Frauenprojekte und Einrichtungen, die Frauen nutzen, getroffen. Das hat gravierende Auswirkungen auf das soziale Netz, das Frauen für Frauen in Kassel bisher – oft mühevoll – geknüpft haben. Vor allem die Zentren von sozialarbeiterischer Beratungs- und Qualifizierungsarbeit sind betroffen. Das Kulturzentrum Schlachthof, das türkische Beratungszentrum für Frauen und Mädchen, der Frauentreff Brückenhof und die Wiedereinstiegs-hilfen für Frauen nach der Elternzeit, aber auch die Erziehungsberatung, sind hierfür nur einige Beispiele.

Die „Giftliste“, wie der Streichkatalog genannt wird, trifft vor allem Frauen und Mädchen, und zwar gleich mehrfach.

Sowohl als Rat- und Hilfesuchende als auch als Arbeitnehmerinnen in den von den Kürzungen betroffenen Einrichtungen. Wer z.B. bei den Orientierungs- und Wiedereinstiegskursen von Frauen und Mädchen spart, betreibt eine Politik, die Frauen wieder an den Herd zurückhaben will. Wer die Potenziale von Frauen und Mädchen nicht nutzt, stellt sich gegen die Chancengleichheit.

Wir GRÜNE verurteilen diese einseitige Politik gegen Frauen aufs Schärfste.

- Elisabeth König, frauenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Rathausfraktion

So erreichen Sie uns:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kassel-Stadt
Umlandstr. 1, 34119 Kassel
Tel. 0561 - 1 88 11, Fax: 0561 - 1 36 60
E-Mail: gruene.kassel@t-online.de
Internet: www.gruene-kassel.de
Ihre Ansprechpartnerin: Ina Rudolph-Lösel
Mo./Di 10 - 12 Uhr, Mi. 16 - 18 Uhr
Fr. 10 - 12 Uhr

Spendenkonto: Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kasseler Sparkasse, BLZ: 520 503 53
Kontonummer: 108 164

GRÜNE Hochschulgruppe
Ansprechpartnerin: Nicole Maisch
E-Mail: GrueneHgK@gmx.de
Treffpunkt: Jeden 2. Di. um 18 Uhr
im „Freudenhaus“, Holländische Str. 30

Für Sie im Deutschen Bundestag
Dr. Antje Vollmer – BürgerInnenbüro Kassel
Mitarbeiterin Nicole Maisch
Umlandstr. 1, 34119 Kassel
Tel: 0561 - 1 88 66, Fax: 0561 - 1 36 73
E-Mail: antje.vollmer@wk.bundestag.de
Internet: www.antje-vollmer.de

Für Sie im Landtag
Dr. Andreas Jürgens
Regionalbüro Kassel – Mitarbeiter Gernot Rönz
Umlandstr. 1, 34119 Kassel
Tel. 0561 - 7 39 59 51, Fax: 0561 - 1 36 60
E-Mail: juergens.mdl@t-online.de
Internet: www.andreas-juergens.de

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion im Rathaus
Obere Königstraße 8, Zimmer W120
34117 Kassel
Tel. 0561 - 787 - 12 94 - Fax: 0561 - 21 04
E-Mail: info@gruene-kassel.de
Internet: www.gruene-kassel.de
Ihre Ansprechpartnerinnen:
Ruth Fürsch und Ulrike Kapusta
Mo. - Do. 8 - 16 Uhr, Mi. u. Fr. 8 - 12.30 Uhr
Bürgerberatung: Mi. 9 - 11 Uhr

Für Sie im Stadtparlament
Irene Anacker, Dieter Beig, Jürgen Blutte
Nathalie Döring, Wolfgang Friedrich, Elisabeth König, Ute Mayer, Ottmar Miles-Paul, Karin Müller, Dr. Klaus Ostermann, Dagmar Stöwe-Marquardt, Helga Weber

Für Sie im Magistrat
Annett Martin, Richard Schramm, Anne Janz



Keine Privatisierung der Wasserversorgung!

Wettbewerb ist das Salz in der Wirtschaft und sorgt in der Regel für eine kostengünstige Bereitstellung von vielfältigen Produkten für die Verbraucher. Das predigte Ludwig Erhard, der als Vater der sozialen Marktwirtschaft in der Geschichte der Bundesrepublik einen bedeutenden Platz einnimmt. Er wusste aber auch, dass nicht alle Lebensbereiche dem wirtschaftlichen Gewinnstreben geöffnet werden sollten und dass unbedingt vermieden werden muss, die Grundversorgungseinrichtungen für die BürgerInnen in die Hände von wenigen Großunternehmen fallen zu lassen.

Genau das aber geschieht im Augenblick in vielen Staaten der Welt: nach der Privatisierung des öffentlichen Verkehrs, der Telekommunikation und der Elektrizitätsversorgung wird jetzt auch die Wasserver- und entsorgung ins Visier genommen. Bisher sind diese Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in Deutschland in der Regel hoheitlich durchgeführt worden – also von öffentlichen Verwaltungen, städtischen Eigenbetrieben oder Unternehmen in öffentlicher Hand, die diese Leistungen nur kostendeckend abgeben können, das heißt, mit dieser Tätigkeit keine Gewinne erzielen dürfen.

Jetzt drängen seit einigen Jahren auch in Deutschland mehr und mehr Großkonzerne auf den Markt, die im Wasserbereich die Geschäfte übernehmen wollen. Zum Teil sind dies international tätige Konzerne, sogenannte global player. In Großbri-

tannien und in Frankreich, wo bereits seit längerem das Wassergeschäft von solchen Privatunternehmen betrieben wird, sind die Folgen für die Bevölkerung fatal: gestiegene Wasserpreise, vernachlässigte Versorgungsnetze, schlechtere Qualität, keine Rücksichtnahme auf ökologische Belange.

Wir GRÜNEN werden uns dafür stark machen, dass die Kasseler Wasserversorgung weiterhin von einem Unternehmen in mehrheitlich kommunaler Hand, unseren Städtischen Werken, bereitgestellt wird. Wir wollen keinen privaten Mehrheitsaktionär, der andere Interessen verfolgt als die Kasseler Bevölkerung. Deshalb wollen wir auch den Gemeinden im Landkreis eine Kooperation mit den Städtischen Werken empfehlen, falls diese ihre Wasserversorgung nicht mehr in eigener Regie leisten wollen. Die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft zwischen Städtischen Werken und der EAM, die sogenannte Wasserunion, lehnen wir allerdings ab.

Unserer Meinung nach werden hier nicht mehr die regionalen Bedürfnisse Vorrang haben, denn Mehrheitsaktionär der EAM ist mittlerweile die e.on; einer jener Großkonzerne, denen die öffentliche Daseinsvorsorge nicht anvertraut werden sollte.

- Helga Weber umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN Rathausfraktion



Grün wirkt auch an der Hochschule



Seit letztem Sommer gibt es in Kassel eine GRÜNE Hochschulgruppe. Bei den Hochschulwahlen Ende Januar 2004 erreichte Sie auf Anhieb 13,7 % und wird am neuen ASTA beteiligt sein. Ihr Engagement wollen sie nicht nur auf die studentische Selbstverwaltung begrenzen, sondern auch übergreifende Themen, wie die Bedeutung der Hochschule für die Region oder eine gezielte Frauenförderung aufgreifen.

Von der aktuellen Diskussion über Bildung erhofft sie sich mehr als das unsinnige Studienguthabengesetz der Koch'schen Landesregierung. „Damit wird lediglich das Haushaltsloch der Landesregierung gestopft werden und die Qualität der Ausbildung kein Stück verbessert“, so das enttäuschende Fazit von Nicole Maisch von der GRÜNEN Hochschulgruppe.

Vom Jahr 2004 erhoffen sich die Mitglieder der Gruppe, dass aus den Diskussionen über Bildung auch konkrete Verbesserungen für das Studium an der Universität Kassel entstehen. Eine Diskussion über Elite-Universitäten darf nicht auf Kosten der Profilbildung einer Universität wie Kassel gehen. An der Kasseler Universität gibt es genügend Forschungsbereiche, die international keine Konkurrenz scheuen müssen. Nach Meinung der Hochschulgruppe liegt vor allem im weiten Bereich der Umweltausbildung noch viel ungenutztes Potential, das durch Vernetzung und spezielle finanzielle Unterstützung für viele Arbeitsplätze in der Region sorgen könnte.

Die GRÜNE Hochschulgruppe tritt sich jeden 2. Dienstag ab 18 Uhr im „Freudenhaus“, Holländische Straße 30. Nähere Infos gibt's bei Nicole Maisch, E-Mail: GrueneHgK@gmx.de.

- Gernot Rönz, GRÜNE Hochschulgruppe



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Umlandstraße 1, 34119 Kassel
Telefon: 05 61-1 88 11
Telefax: 05 61-1 36 60
E-mail: partei@gruene-kassel.de

www.gruene-kassel.de